

Entwicklungszusammenarbeit sucht Schutz vor Niebel und der FDP

Protest gegen den Missbrauch der Entwicklungspolitik

Angetreten waren Dirk Niebel und die FDP mit dem Anspruch, das Bundesministerium für wirtschaftl. Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) abzuschaffen. Dann wurde Niebel selbst Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Sich selbst auf einem solch lukrativen Posten abschaffen, das ging natürlich nicht mehr. Flugs wurde die politische Zielsetzung geändert, die Entwicklungszusammenarbeit sollte zum Quell des Reichtums für die heimische Industrie werden: „ (...) aus jedem Euro, der für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit ausgegeben wird, (sollen) 1,80 Euro in die deutsche Wirtschaft zurückfließen.“ (Interview der ZEIT mit Niebel)



Innerhalb kurzer Zeit begann Niebel, die Entwicklungspolitik radikal umzukrempeln. Eigennutz steht bei ihm weit vor Entwicklung, neoliberale Ideologie vor Menschenrechten. Deutlich wird dies an vielen Beispielen:

Damit Siemens den Zuschlag für den Bau der U-Bahn - Linie 2 in Ho Chi Minh Stadt (Vietnam) erhielt, finanziert Deutschland diese mit 240,75 Millionen Euro, dabei über 85 Mio. als Zuschuss. Das ganze Projekt wird als „Entwicklungshilfe“ gerechnet. Eine große deutsche Werft wird demnächst für 100 Mio. Euro ein Fährschiff nach Indonesien liefern, das für seine Aufgaben viel zu teuer ist – weil das BMZ 48,5 Mio. Euro beisteuert.

Nach dem deutschen Ausstieg aus der Atomenergie gingen die Minister der FDP daran, den Bau des Atomkraftwerkes Angra 3 in Brasilien mit Hermes-Bürgschaften abzusichern. Mit 1,3 Milliarden Euro sollen Lieferungen von Areva NP/Siemens für das sicherheits- und erdbebengefährdete AKW abgesichert werden. Neben dem BMZ tragen BMWi, BMF und AA die Verantwortung.

Nur ein Drittel der deutschen Entwicklungsgelder fließt in die ärmsten Länder, der Rest in Schwellenländer mit guten Investitionsbedingungen. Das Geld geht oft in Sektoren, in denen deutsche Firmen Marktführer sind. Selbst die wirtschaftsfreundliche OECD sieht hier eine „Exportförderung mit anderen Mitteln.“

Umwelt braucht Schutz

Der Erhalt der Umwelt und der Schutz der natürlichen Ressourcen war bisher eine verbindliche Vorgabe für Entscheidungen des BMZ. Und die Unterstützung Ecuadors beim Erhalt des einzigartigen Yasuni-Nationalparks war von der deutschen Regierung bereits zugesagt. Aber für den neuen Minister Niebel galten Sperrchen wie Erhalt des Regenwaldes, Artenvielfalt, Schutz von indigenen Völkern und die Verhinderung der Erdölförderung nichts mehr. Bei seiner Entscheidung übergang Niebel auch die

Forderung der Entwicklungspolitiker, die von der CDU bis zur LINKEN unisono die Finanzierung dieses Projektes mit jährlich 40 Millionen Euro einforderten.

Menschenrechte brauchen Schutz

Die Durchsetzung einer ernsthaften Menschenrechtspolitik wird von Niebel verhindert. Die De-Facto-Regierung Lobo in Honduras, die aus dem von der Friedrich-Naumann-Stiftung gutgeheißenen Militärputsch hervorging, wird aus Niebels BMZ mit Fördergeldern verwöhnt. Dabei ist diese Regierung verantwortlich für Straflosigkeit und Missachtung elementarer Menschenrechte. Aber was kümmern Niebel schon tote Bauern, ermordete Menschenrechtsvertreter und getötete Journalisten, wenn es um seine neoliberale Mission geht?

Schutz vor FDP-Politikern, vor Parteiklüngel und Vetternwirtschaft

Seit Niebels Amtsantritt mussten im BMZ Abteilungsleiter, Unterabteilungsleiter und Referenten gehen. Die Entscheidungsstrukturen des BMZ wurden mit Getreuen des Ministers neu besetzt, das FDP-Parteibuch wurde zum wichtigsten Einstellungsmerkmal. Vier neue AbteilungsleiterInnen mit FDP-Parteibuch und ein genehmer Mitarbeiter aus dem BMZ leiten nun das Ministerium. Jede dritte Stelle im Ministerium ist inzwischen von Trägern des FDP-Parteibuchs besetzt, oft ohne entsprechende Ausbildung. Es ist kein Wunder, dass sich Hilfswerke und Nichtregierungsorganisationen, die auf Finanzierung aus dem BMZ angewiesen sind, angesichts solcher Führungsstrukturen still verhalten. Nur von den Finanzquellen des BMZ unabhängige Organisationen wagen noch eine ernsthafte Kritik an der BMZ-Leitung.

Gute Regierungsführung ist eine grundlegende Bedingung für die Förderung von Entwicklungsprojekten. Vom Monokraten Niebel wird all dies mit Füßen getreten, seine Personalpolitik besteht aus Vetternwirtschaft und der Förderung von Parteifreunden. Dies würde keinem Land des Südens erlaubt.

All diese Entwicklungen zeigen, wie ungeeignet Niebel für sein Ministeramt ist. Es ist Aufgabe der Bundeskanzlerin, ihn zu entlassen.

Wir fordern für eine bessere Entwicklungspolitik

- **Entwicklungspolitik muss sich auf die Bedürfnisse der armen Bevölkerung in Ländern des Südens konzentrieren, sie braucht Kooperations- und Kommunikationsfähigkeit.**
- **Wichtig ist die Förderung der Grundbedürfnisstrategie und der Aufbau von lokalen Wirtschaftsstrukturen.**
- **Angesichts der Ressourcenknappheit und der Klimakatastrophe muss Entwicklungspolitik alternative Entwicklungsmodelle in Nord und Süd fördern.**
- **Entwicklungspolitik muss eine solidarische Weltwirtschaft und eine breite demokratische Beteiligung der Bevölkerung an Entscheidungen fördern.**
- **Schluss mit Vetternwirtschaft und Parteiklüngel im BMZ, kompetente Entwicklungszusammenarbeit braucht unabhängige Fachleute.**

Aktion gegen den Missbrauch der Entwicklungspolitik

Montag, 05.03., 16:30 Uhr am Festzelt des Mathaise-Markt in Schriesheim

Heidelberger Bündnis für Entwicklungspolitik: Attac HD, Attac Campus, Nicaragua-Forum HD, Cuba-Solidarität HD, Effata-Weltladen, Eine-Welt Zentrum HD,...